

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstags,
Donnerstags und
Sonnabends.

Inserate:
Für den Raum
einer
einspaltigen Zeile
1 Rgr.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Einundzwanzigster Jahrgang.

Abonnement
vierteljährlich
12 Rgr.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Bei mehrmaliger Ausgabe von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblasses.“

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin. Die ministerielle „Prov.-Korrespondenz“ enthält einen Artikel über „Englands Stellung zu den europäischen Mächten“, mit Bezugnahme auf die neulichen Ausführungen Russel's und Derby's im Oberhause. Das ministerielle Blatt knüpft daran folgende Sätze: „Durch die übereinstimmenden Erklärungen der englischen Staatsmänner ist Frankreich als der Heerd der vorhandenen Kriegsbesorgnisse bezeichnet worden. Mit dieser thatsächlichen Beurtheilung der Lage steht denn auch in Uebereinstimmung, was Lord Derby über die etwaige Einwirkung Englands auf die Sicherung des Friedens sagt. Gegenüber der sonstigen Zurückhaltung des englischen Ministers ist die ausdrückliche Betonung der in den letzten Jahren eingegangenen Verträge und der bindenden Kraft derselben von großer praktischer Bedeutung. Die Verträge, auf welche Lord Derby hinweist, sind augenscheinlich die über die Neutralität von Luxemburg und Belgien, — die im voraus verkündete energische Wahrung dieser Verträge kann in der That eine der entschiedensten Friedensbürgschaften werden. Seitdem Mech und Straßburg in unseren Händen sind, ist für Frankreich der Angriffskrieg gegen Deutschland sehr erschwert: ein überraschender Angriff könnte nur etwa über Luxemburg oder Belgien versucht werden. Insofern nun die Kriegspartei in Frankreich sich der Täuschung hingeben sollte, eintretenden Falls unter Nichtachtung der Neutralität von Belgien und Luxemburg vorgehen zu können, ist es von hoher Bedeutung, daß England im Voraus seinen festen Entschluß bekundet hat, für die Aufrechterhaltung jener Verträge auch an seinem Theile einzustehen zu wollen. Durch diese Erklärung hat sich England thatsächlich an der Friedenspolitik betheiliget, welche seit den letzten Jahren der Gegenstand des gemeinsamen Strebens der mit dem deutschen Reiche befreundeten Mächte ist. Lord Russel hat sich, indem er eine solche Erklärung veranlaßte, ein Verdienst um die Sicherung des europäischen Friedens erworben.“

— Der „Times“ zufolge hat Kaiser Alexander, als er in London die Begrüßung der Botschafter entgegennahm, sich dahin geäußert, daß die Politik Rußlands einzig darauf gerichtet sei, den Frieden auf dem Continente aufrecht zu erhalten. Der Kaiser drückte die Hoffnung aus, daß die Hauptmächte Europa's ihre Anstrengungen mit den seinigen vereinigen würden, um zu diesem Ziele zu gelangen.

— Wieder hat der kleine Lasker einen ehrenhaften, guten Kampf gekämpft und ist als Sieger daraus hervorgegangen. Die „Berliner Nordbahn“ stand auf der Tagesordnung des preussischen Abgeordnetenhauses; es handelte sich darum, diesem im Vertrauen des Publikums herabgekommenen Unternehmen die Garantie und Unterstützung des Staates zuzuwenden; da trat Lasker mit aller Entschiedenheit gegen die Vorlage in die Schranken. Er berief sich auf die Acten dieser Bahn, welche von allen, die der Untersuchungskommission vorgelegen, die häßlichsten Dinge enthalten hätten, bezeichnete die Thätigkeit der Gründer der Bahn als „lächerliche, leichtsinnige, schwindelhafte und betrügerische“ Manipulationen, die schon Tausende ins Unglück gestürzt hätten, und schenkte sich nicht, die Namen des Fürsten Putbus und des Prinzen Biron an erster Stelle zu nennen. Möge das Unternehmen in Concurs gerathen, es würden sich später schon noch andere Unternehmer dafür finden; möge der Staat sogar die Bahn selbst übernehmen, nur solle er nicht in den jetzigen unreinen Zustand der Dinge eintreten. Nachdem sowohl der Handelsminister als auch der Finanzminister schwache Versuche gemacht hatten, die Ertheilung der verlangten Concession durchzusetzen, weil Vergangenes vergangen sei und man die

Bedürfnisse der Gegenwart und das Interesse der betr. Landestheile im Auge behalten müsse, wurde der entscheidende Paragraph der Regierungsvorlage mit einer Majorität von 173 Stimmen abgelehnt. Wenn aber diese Abstimmung einem Misstrauensvotum gleichgeachtet werden wollte, so könnte es eigentlich nur den ehemaligen Handelsminister v. Ipenplig treffen, unter dessen Augen das Unkraut gesäet und groß gezogen worden ist.

— Fürst Bismarck hat sich nach Barzin begeben und wird daselbst 8 bis 10 Tage verweilen und alsdann nach Kissingen gehen, da sich die konsultirenden Aerzte nunmehr definitiv für diesen Kurort entschieden haben.

Straßburg i. E., 15. Mai. In einem eingehend begründeten Artikel des „Niederrhein. Courier“ werden die elsäß-lothringischen Reichstagsabgeordneten, welche den Sitzungen des Reichstages prinzipiell ferngeblieben sind, aufgefordert, das ihnen übertragene Mandat niederzulegen.

— Die „Köln. Btg.“ schreibt: Briefe aus verschiedenen Theilen Frankreichs lassen kaum noch Zweifel darüber, daß die Bonapartisten diejenigen sind, welche jetzt die meisten Fortschritte machen. Trotz des ungeschickt geführten Krieges steht ihnen zur Seite, daß die napoleonische Dynastie bisher die einzige ist, welche dem kriegerischen Sinne der Franzosen Rechnung zu tragen gesucht hat.

Frankreich.

Paris. In der Nationalversammlung am 15. Mai wurde vom Herzog von Broglie der Gesetzentwurf betreffend die Errichtung einer ersten Kammer eingebracht. Der Inhalt der Vorlage stimmt mit den darüber bereits bekannt gewordenen Angaben überein. Der Herzog motivirte den Gesetzentwurf in längerer Ausführung, wobei er besonders hervorhob, daß durch die Verlängerung der Amtsgewalt des Marschalls Mac Mahon ein gemeinschaftliches Arbeitsfeld für alle Parteien der Nationalversammlung gewonnen sei, um sich während eines siebenjährigen Zeitraumes ungestörter Ruhe mit der Wiederherstellung des Landes zu beschäftigen. Der Minister richtete außerdem die Aufforderung an die Versammlung, davon abzusehen, die Art der Regierungsform zu definiren und einen Waffenstillstand unter den Parteien zu schließen, um die gegenwärtige Regierung zu organisiren und sie mit Einrichtungen zu umgeben, durch welche der Umfang ihrer Befugnisse festgestellt und ihr selbst somit ein neuer Halt gegeben werde. Der Herzog von Broglie erklärte ferner, daß er die Versammlung für verpflichtet erachte, ein Gesetz, das aus ihrem Schooße hervorgegangen sei, auch zur Ausführung zu bringen, und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß diejenigen Deputirten, welche anfänglich die Verlängerung der Präsidentschaft des Marschalls Mac Mahon bekämpft hätten, dieselbe nachher in loyaler Weise acceptiren würden. Der Gesetzentwurf wurde darauf an die konstitutionelle Commission überwiesen. — Die Vorlage wurde von der Rechten und dem rechten Centrum mit Beifall, von der Linken und von der äußersten Rechten mit Kälte aufgenommen.

— In republikanischen Kreisen hält man sich sehr darüber auf, daß mehrere Minister sich nicht scheuen, ihren Wohnsitz im Staatspalais gegen eine lächerlich geringe Miethe aufzuschlagen. So residirt der Herzog von Broglie in der letzten Zeit im kleinen Trianon für 500 Fr. monatlich und der Herzog Decazes hat soeben das Große Trianon gegen einen Mietzins von 600 Fr. monatlich bezogen. Privatleute würden für dieselben Räumlichkeiten wahrscheinlich das Zehnfache zahlen und man bemerke, daß es sich keineswegs um Amtswohnungen handelt, an welchen es in den Ministerien nicht fehlt, sondern einfach um einen Vergnügungsaufenthalt für die Minister und ihre Familien. Daß die Herren Broglie und Decazes überdies keine Mietsteuer nach Eintra-